

PRESSEMITTEILUNG

„Bund der Steuerzahler“ propagiert Abbau öffentlicher Leistungen im Sinne seiner wohlhabenden Mitglieder

Frankfurt, 29. Oktober 2019

Der DGB Hessen-Thüringen hat die Kritik des hessischen Steuerzahlerbundes an den angeblich zu hohen Landesausgaben zurückgewiesen. Dazu sagte Kai Eicker-Wolf, Leiter der wirtschafts- und finanzpolitischen Abteilung: „Der Bund der Steuerzahler skandalisiert jedes Jahr die angebliche Verschwendung von Steuergeldern und fordert die Senkung staatlicher Ausgaben. Das alles geht vollkommen an der Realität vorbei, denn unterschlagen wird der tatsächlich bestehende, hohe Ausgabenbedarf der öffentlichen Hand. In Hessen ist in den vergangenen Jahren, sowohl vom Land als auch von den Kommunen, viel zu wenig Geld in die staatliche Infrastruktur investiert worden, etwa im Bildungsbereich. Im vergangenen Jahr mussten sogar drei Schulen wegen Einsturzgefahr geschlossen werden! Es fehlen Fachkräfte an den Schulen und in den Kitas, es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Der Öffentliche Personennahverkehr muss dringend ausgebaut werden. Dazu verliert der so genannte Bund der Steuerzahler aber kein Wort.“

Laut Eicker-Wolf gebe es in Deutschland wohl kaum eine Organisation, die so schamlos – aber leider auch erfolgreich – mit ihrem Namen Etikettenschwindel betreibt: „Der Bund der Steuerzahler ist ein eingetragener Verein, der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Interesse von mittelständischen Unternehmen und besser Verdienenden betreibt. Neben geringen Staatsausgaben strebt der Steuerzahlerbund möglichst niedrige Steuersätze, vor allem für Besserverdienende, an. Zur immer stärkeren Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verliert er natürlich ebenfalls kein Wort.“

Wer sich die Zusammensetzung der Mitgliedschaft des Bundes der Steuerzahler anschaut, erkenne sofort, wie diese einseitige programmatische Ausrichtung zu erklären sei: „Den Großteil der Mitglieder stellen Unternehmen, gewerbliche Mittelständler und Freiberufler. Die restlichen Mitglieder des Steuerzahlerbundes sind überwiegend leitende Angestellte. Deren Interessen vertritt der Bund der Steuerzahler, aber nicht die Interessen der abhängig Beschäftigten, denn diese sind auf eine gute, öffentliche Infrastruktur und einen angemessen ausgebauten Sozialstaat angewiesen“, so Eicker-Wolf abschließend.

Bezirkspressestelle

PM 92

Hanna Hoefl

Pressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

hanna.hoefl@dgb.de

Telefon: 069 273005-52
Telefax: 069 273005-55

hh/rs

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt

hessen-thueringen.dgb.de